



Stellungnahme zur Zulassung von Hautfarben als Kontrollkriterium

(Az. 5 K 1026/11.KO, Verwaltungsgericht Koblenz) vom OVG Rheinland- Pfalz (OVG RP)

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München hat den Beschluss des 7. Senats des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland- Pfalz vom 08.05.2012 zur Kenntnis genommen und fordert das Innenministerium des Bundes auf, sich für die Abschaffung der rassistischen Kontrollpraxis „Racial Profiling“, einzusetzen.

Der Beirat begrüßt diesen Beschluss, der das Koblenzer Urteil vom 28.02.2012 in Frage gestellt hat.

Die Hautfarbe als Kontrollkriterium, als rechtmäßige Praxis zu erklären, wie das Koblenzer Urteil es getan hat, entbehrt jeglicher neutraler und gerechter Rechtsprechung.

Das Koblenzer Urteil bedeutet eine Legitimation des rassistischen Kontrollverfahrens: „Racial Profiling“ und entspricht explizit rassistischen Grundsätzen.

Diese staatliche Legitimation von Rassismus bringt uns in einen gedanklichen Zusammenhang mit der Situation des Verfassungsschutzes im Umgang mit der NSU, was uns MitbürgerInnen mit internationaler Herkunft sehr stark verunsichert.

Das Profilermittlungsverfahren: „Racial Profiling“ steht im direkten Gegensatz zum AGG- Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und zu den UN Antirassismus-Konventionen, wozu sich Deutschland als Vertragsstaat verpflichtet hat.

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München fordert die Bundesrepublik Deutschland als UN-Vertragsstaat auf, auch als dieser zu handeln und Verantwortung zu tragen. Die Aufhebung des Urteils (Az. 5 K 1026/11.KO) des Koblenzer Gerichts und die Abschaffung der rassistischen Kontrollpraxis „Racial Profiling“ sollen umgehend erfolgen.

Da eine rassismusfreie und diskriminierungsfreie Gesellschaft über Bayern hinaus unser Anliegen ist, fordern wir einen reflektierten Umgang mit Rassismus und Diskriminierung in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen.

Nükhet Kivran
Vorsitzende

Hamadou Dipama
Sprecher des Ausschusses für Ausländer-
und Zuwanderungsrecht, mit Rassismus,
Diskriminierung und Flüchtlingspolitik